

Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Führungsorgane und Politik der FDP. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Hans F. W. Gringmuth in Verbindung mit Lothar Albertin, Droste Verlag, Düsseldorf 1995, 700 S., Ln., 98 DM.

Zehn Jahre nach den Dissertationen von Dieter Hein<sup>1</sup> und Karsten Schröder<sup>2</sup> legt nun der ausgewiesene Liberalismusexperte Lothar Albertin zusammen mit Hans Gringmuth eine Dokumentation zur Geschichte der Entstehung der FDP in der britischen Besatzungszone von 1946 bis 1948 vor. Angesichts der thematischen Nähe bzw. Übereinstimmung mit beiden genannten Arbeiten darf man nicht mit überraschenden Neuigkeiten rechnen. Dies war bei den zuvor weitgehend unausgewerteten FDP-Vorstandsprotokollen, die Udo Wengst und Reinhard Schiffers in den vergangenen Jahren publiziert haben, anders. Dies gesagt, muß man die wie üblich hohe Qualität der im Auftrag der Bonner Parlamentarismus-Kommission herausgegebenen Edition loben, was sich sowohl auf die Einleitung als auch auf die Kommentierung, an der Karsten Schröder maßgeblich mitgewirkt hat, sowie auf den wissenschaftlichen Apparat bezieht.

Den Kernbestand der Edition machen die Protokolle des Zonenvorstands und des Zentralaussschusses aus, der beiden wichtigsten Führungsgremien des sich im Zonenverband (Gründung am 7./8. Januar 1946) formierenden und organisierenden politischen Liberalismus in Nordwestdeutschland. Die Dokumente wurden aus unterschiedlichen Beständen und Nachlässen zusammengesucht, v. a. aus dem Nachlaß Franz Blüchers, des Zonenverbands- und späteren Bundesvorsitzenden der FDP, aber auch aus anderen Nachlässen und den OMGUS-Akten. Ergänzt wird dieser Bestand durch eine Reihe unterschiedlicher Materialien wie Korrespondenzen, Wahlaufufe und Programme.

Die Edition belegt eindrucksvoll, wie schwierig die Neugründung von Parteien nach 1945 in vielerlei Hinsicht war. So mußte neben allen anderen Aufgaben die Kommunikation zwischen den einzelnen Personen und Gruppen, die sich über die gesamte britische Zone verstreut zusammengefunden hatten, ermöglicht werden. Telefonanschlüsse fehlten jedoch ebenso häufig wie Personenkraftwagen und Benzin. Dies behinderte besonders im ersten Jahr nach Kriegsende die Organisation liberaler politischer Arbeit. Ebenso mangelte es aber auch oft an Papier für Zeitungen, Flugblätter, Wahlaufufe und -plakate. Weitaus schwieriger als die Überwindung solcher handfesten Probleme war es aber, die unterschiedlichen Personen, die sich nach Kriegsende in liberalen Gruppierungen zusammengefunden hatten, nicht nur formal, sondern auch inhaltlich-programmatisch zusammenzuführen. Höchst verschiedene Vorstellungen über die Tradition, an die es anzuknüpfen galt, erwiesen sich dabei als ebenso große Hindernisse wie die persönlichen Eitelkeiten vieler liberaler Gründungsväter. Symptomatisch für die Probleme dieser Art war der Streit um den Namen der Partei, an dessen Ende die lokalen Verbände ihre jeweils eigenen Namen weiterführen sollten, wobei sich in der Nordrhein-Provinz die Bezeichnung »Demokratische Partei Deutschlands« gegen die später auf Bundesebene erfolgreiche »Freie Demokratische Partei« durchsetzte.

Darüber hinaus belegt die Edition, daß manche Kontroversen in der FDP – sei es in den 1950er Jahren, sei es später – ihre Wurzeln bereits in der Gründungsphase hatten. Vielfach waren diese Streitigkeiten Ausdruck wirklicher inhaltlicher Differenzen. Dazu gehörten auch die Konflikte zwischen eher sozialpolitisch orientierten Liberalen und nationalistischen Gruppen, etwa um den Kölner Freiherrn von Rechenberg, dessen rechts-

1 *Dieter Hein*, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf 1985.

2 *Karsten Schröder*, Die FDP in der britischen Besatzungszone. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985.

lastige Ansichten vielen »Parteifreunden« gefährlich erschienen. Wie breit die politische Spannweite der frühen FDP war, belegen manche sozialpolitischen Äußerungen. So sollten nach den »Sozialwirtschaftlichen Leitsätzen« vom 29. Oktober 1947 »Steuern und öffentliche Abgaben, vor allem auf Besitz und Erbe, auf Gewinn und Aufwand« nicht nur für die Aufgaben des Staates verwandt werden: »sie müssen auch aufreizende Unterschiede in der Lebenshaltung ausgleichen« (Dok. Nr. 42). Dies belegt beispielhaft, daß nicht nur die CDU im Ahlener Programm, sondern auch die FDP während der Besatzungszeit sozialpolitischen Überlegungen weitaus aufgeschlossener gegenüberstand, als heute gemeinhin angenommen wird. Die Forderungen nach Auflösung von Kartellen und Beschränkung der Staatsaufgaben waren jedoch in guter liberaler Tradition nur die eine Seite der Medaille, nicht der Hauptinhalt des FDP-Programms. Auch dies zeigen und belegen Albertin und Gringmuth. *Hans-Heinrich Jansen, Frankfurt/Main*

Martina Köchling, Demontagepolitik und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, Klartext Verlag, Essen 1995, 398 S., geb., 48 DM.

Das aus einer Bochumer Dissertation hervorgegangene Buch von Martina Köchling leistet zweierlei: Zunächst ist es eine detaillierte Untersuchung über die Demontage und die damit schon bald verbundene Frage nach einer »Remontage«, die eine ausführliche Beschreibung und Analyse der Diskussionsprozesse und der Handlungsspielräume auf alliierter und insbesondere britischer sowie auf deutscher Seite bietet. Die Analyse konzentriert sich auf die Politik der von Demontage bedrohten bzw. betroffenen Unternehmen sowie die von diesen wesentlich beeinflussten Stellen des entstehenden westdeutschen Staates. Im Vordergrund steht das von Demontagen am stärksten bedrohte und betroffene Land Nordrhein-Westfalen, damit dann auch insbesondere die Schwerindustrie und vorrangig die Politik der britischen Besatzungsmacht. Souverän verarbeitet Martina Köchling die umfangreichen Quellen und die zahlreichen Stellungnahmen der beteiligten Akteure.

Darüber hinaus ist die Arbeit ein wichtiger Beitrag zur Korrektur fortbestehender Mythen über die Gründungszeit der Bundesrepublik und den Wiederaufbau in Westdeutschland. Sie stützt Interpretationen über die relativ geringe Bedeutung der mit dem Kalten Krieg und der Weststaatsgründung verbundenen alliierten Wiederaufbauhilfen und die These vom Übergang der westdeutschen Wirtschaft in die Rekonstruktionsperiode aus eigener Kraft, wie sie von Werner Abelshausen vertreten wird. Weiterhin zeigt sie, wie rasch sich Vertreter der Wirtschaft wieder Gehör verschafften, die Demontagepolitik und dann die Formulierung von Wiederaufbauprogrammen beeinflussen konnten und wie eindeutig bald die Interessen der Wirtschaft dominierten. Hatten die Alliierten sich bereits in Jalta und dann in Potsdam auf die Ausschaltung der deutschen Rüstungsproduktion und auf die Forderung nach Reparationen geeinigt und dafür Demontagen und die Vernichtung entsprechender Industriekapazitäten vorgesehen, so verzögerten die katastrophalen Verhältnisse in Deutschland und die rasch aufkommende Uneinigkeit unter den Alliierten (u. a. auch in der Frage der Reparationen und der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit) einen raschen Beginn der Demontagen. Zu deren Vorbereitung waren neben der eine dauernde Kommunikation zwischen Unternehmen und Besatzungsoffizieren gewährleistenden Überwachung der Betriebe erhebliche Überprüfungen in den Unternehmen über deren Produktionsprogramm, die noch vorhandenen Anlagen etc. notwendig, die den Industriellen und ihren rasch wiedergegründeten Interessenvertretungen einen Überblick über die Demontage-